

Bundeskanzler Helmut Kohl:

## Wir nehmen das Ergebnis dieser Wahlen sehr ernst

Eine schlimme Niederlage für die CDU nannte nach der Präsidiums- und Vorstandssitzung der CDU am 6. April 1992 Helmut Kohl vor der Presse das Wahlergebnis in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Es werde auch dadurch nicht besser, daß es zugleich eine schlimme Niederlage für die andere große Volkspartei, für die SPD, sei.

Helmut Kohl: Dies ist eine Protestwahl. Wir sind alle gut beraten, wenn wir das Ergebnis dieser Wahl sehr ernst nehmen.

Republikaner und Volkunion seien für die CDU keine Gesprächs- oder Koalitionspartner. Mit einer solchen Denkart habe die CDU nichts zu tun. Sie wisse aber sehr wohl zu unterscheiden zwischen denen, die die Partei führen, und den Wählern.

Aus den Erfahrungen am Ende der sechziger Jahre, als die NPD in Wellen ihren Einzug in die Landtage hielt, leitete Helmut Kohl die Überzeugung ab, daß es den demokratischen Parteien auch heute wieder gelingen kann, diejenigen Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen, die mit der Wahl von Republikanern und Volkunion ihren unüberhörbaren Protest zum Ausdruck gebracht haben.

Der Denkkzettel, den die Wähler erteilt haben, ließe sich in dem Vorwurf zusammenfassen: Die großen Parteien sind nicht mehr in der Lage, die Probleme zu lösen, die die Menschen tatsächlich oder vermeintlich bedrücken. Hier nannte Helmut Kohl in

(Fortsetzung auf Seite 2)

### HEUTE AKTUELL

- **Landtagswahlen**  
Infas-Analyse: Strukturelle Veränderungen. Seite 7
- **Regierungserklärung**  
Bundeskanzler Helmut Kohl: Es ist unsere Pflicht, den Menschen in ihrer Heimat zu helfen. Seite 12
- **Geldwertstabilität**  
Die europäische Währung wird eine harte und stabile Währung sein. Seite 14
- **Arbeitsmarkt**  
Verstärkter Rückgang der Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland. Seite 16
- **Umweltschutz**  
Von Umweltschutzmaßnahmen hängen rund 700 000 Arbeitsplätze ab. Seite 17
- **Öffentlichkeitsarbeit**  
Unsere Sympathiewerbemittel für Ihre Europa-Aktionen
- **Dokumentation**  
Die Wahlen zum baden-württembergischen und schleswig-holsteinischen Landtag am 5. April 1992. Vorläufiges amtliches Endergebnis. Grüner Teil



## Standort Deutschland

Wie sich Deutschland im künftigen europäischen und internationalen Wettbewerb behauptet, ist entscheidend für

- die Sicherheit der Arbeitsplätze und Einkommen
- und für die Festigung der Grundlagen unseres Wohlstandes.

Die Anforderungen an die Lern- und Anpassungsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft nehmen ständig zu. Im internationalen Wettbewerb sind Erfolge von heute keine Besitzstände von morgen.

Entgegen manchen Unkenrufen aus jüngster Zeit liegt Deutschland nach wie vor gut im gegenwärtigen Standortrennen. Wo sonst auf der Welt gibt es ein Land, das von der Geschichte eine solche einmalige Chance erhalten hat wie Deutschland — Wiedervereinigung, EG-Integration und Reformprozeß in Mittel-, Ost- und Südosteuropa?

**Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Rede zur Eröffnung der Hannover-Messe 1992**

(Fortsetzung von Seite 1)

erster Linie das Thema Asyl. Der Staat müsse bei der Lösung dieses Problems wieder Handlungsfähigkeit erreichen.

Es sei ja nicht nur die Erkenntnis der CDU, sondern ebenso die Erkenntnis praktisch aller wichtigen Repräsentanten der SPD, die draußen das Problem vor Ort bearbeiten müssen, der Bürgermeister, Landräte und Oberbürgermeister, daß ein gemeinsames europäisches Asylrecht gebraucht werde und daß dies ohne eine Verfassungsänderung nicht zu haben sei.

Das Wahlergebnis sollte für beide großen Parteien — CDU/CSU und SPD — Anlaß zum Nachdenken sein. Er hoffe, daß man sich jetzt vernünftig zusammensetze und die konkreten Probleme anspreche, zumal keines dieser Probleme letztlich ohne ein Miteinander zu lösen sei. Man könne den Maastricht-Vertrag nicht verabschieden ohne Verfassungsänderung, man könne die Asylfrage und das Schengener Abkommen, das ein europäisches Asylrecht erfordere, nicht verabschieden ohne eine Verfassungsänderung. Außerdem müsse man angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat über die Gesamtperspektive der Finanzen in Bund, Ländern und Gemeinden miteinander reden.

## Bundesbank erwartet Rückgang der Teuerung

**Die westdeutsche Teuerung wird nach Ansicht der Deutschen Bundesbank im Laufe dieses Jahres deutlich zurückgehen.**

Die Inflationsrate habe mit derzeit 4,7 Prozent ihren Höhepunkt erreicht, sagte Bundesbank-Direktoriumsmitglied Otmar Issing. Die Jahresteu-erung werde sich auf jeden Fall dann

abschwächen, wenn im Sommer der Einfluß der Mineralölsteuer-Erhö- hung von Mitte 1991 entfällt. Bis Ende des Jahres rechnet Issing mit einer Drei vor dem Komma.

Ob die Preissteigerungsrate dann in einem Monat darunter oder knapp darüber liege, könne man nicht so exakt vorhersagen.



Ottfried Hennig:

## Wir wollen die Protestwähler zurückgewinnen

**Ich muß zunächst mit aller Deutlichkeit feststellen, daß wir mit dem gestrigen Wahlergebnis eine große Enttäuschung erlitten haben. Wir haben unser Wahlziel in keiner Weise erreicht, darüber tröstet uns auch das Minus von 8,6 Prozent der SPD nicht hinweg.**

Es war eine ausgesprochene Protestwahl. Wir haben 1,2 Prozent Republikaner in Schleswig-Holstein und 6,3 Prozent DVU. Jede Stimme für eine dieser Parteien ist zuviel. Wir wollen uns politisch klar abgrenzen und hart mit ihnen auseinandersetzen. Was aber die Wählerinnen und Wähler betrifft, wollen wir sie zurückgewinnen. Die Wahlergebnisse für diese Parteien sind im wesentlichen in den städtischen Wahlkreisen zustande gekommen, in denen die SPD überproportional verloren hat und in denen 30.000 Stimmen direkt von den Sozialdemokraten zur DVU gegangen sind. Das können Sie in Kiel mit minus 10, minus 12,8, minus 11,6 und minus 12,5 bei der SPD sehr klar ablesen.

Noch eindeutiger ist es in Lübeck mit minus 11,8, minus 12,4, minus 13 bei der SPD. In Neumünster sieht es ganz ähnlich aus.

Wir haben 25.000 Stimmen per Saldo von der SPD hinzugewonnen, aber sind mit diesem Resultat natürlich überaus unzufrieden.

Ich glaube, daß ich in diesem Wahlkampf und in den zurückliegenden drei Jahren meine Pflicht getan habe, sogar ein Stück mehr als das. Ich bin auch froh darüber,

daß ich in meinem Wahlkreis mit einem Plus von 2,2 Prozent eines der besten Ergebnisse in Schleswig-Holstein erreichen konnte. Seit dem 8. April 1989, als ich nach einer schweren Krise der CDU in Schleswig-Holstein zum Landesvorsitzenden gewählt worden bin, habe ich mich mit ganzer Kraft für die gemeinsame Arbeit eingesetzt. Uns ist ein wesentliches Stück Erneuerung der Christlich Demokratischen Union in Schleswig-Holstein gelungen.

Und ich kann auch feststellen, daß wir mehr neue als alte Kandidaten bei dieser Landtagswahl hatten, daß wir sehr viele junge Leute auf unserer Liste als Direktkandidaten hatten und daß ein Drittel unserer Kandidaten Frauen waren, und das ohne jede Quote.

Wir haben einen guten Wahlkampf geführt. Ich meine, wir haben den politischsten Wahlkampf geführt. Er konzentrierte sich auf die richtigen Themen, er war fair, er war sportlich, und er hat insbesondere auch mit neuen Veranstaltungsformen junge Leute angesprochen. Wir haben mit eigentlich nicht verantwortbar geringen Mitteln ein Maximum an Beachtung gefunden.

Wir haben natürlich nicht gegen irgendwen kandidiert, sondern gegen den amtierenden Ministerpräsidenten, gegen den Bundesvorsitzenden der SPD und deren Kanzlerkandidaten.

Es gab im übrigen auch etwas, was uns das Leben zusätzlich schwergemacht hat, nämlich eine Verkettung unglücklicher Umstände — von der Regierungskrise im Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern bis zu den Schlagzeilen der sogenannten Panzer-Affäre, in der ich selbst mit meiner Funktion im Bundesverteidigungsministerium betroffen war.

Es war nicht möglich, in weniger als einer Woche allen Bürgern klarzumachen, daß ihr Spitzenkandidat sich nicht nur nichts



vorzuwerfen hat, sondern mit der Hauptabteilung Rüstung im Verteidigungsministerium und ihrer Kontrolle nicht das geringste zu tun hatte, weil sie nie zu seinem Zuständigkeitsbereich gehört hat.

Ich bin der Meinung: Wir haben den Wahlkampf mit den richtigen Themen geführt. Ich glaube, wenn wir nicht in einer ebenso behutsamen, aber auch die Alternativen deutlich herausarbeitenden Weise das Thema „Mißbrauch des Asylrechts“ aufgegriffen hätten, dann wäre die Welle des Protests — die ja über andere Parteien hinweggegangen ist, z. B. über die SPD in Baden-Württemberg — auch über uns zusammengeschlagen.

### Erneuerungsprozeß fortsetzen

Dies tröstet uns alle überhaupt nicht, aber es versetzt uns in die Lage, mit einer erneuerten Fraktion, in der 16 von 32 Mitgliedern ganz neu sind, in der 10 Frauen mitarbeiten, in der 6 Mitglieder der Jungen Union in den Landtag gewählt worden sind, den Erneuerungsprozeß der Partei mit Entschiedenheit fortzusetzen und erfolgreich zu Ende zu führen.

Ich werde als Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Kiel kandidieren, und nach allem, was ich aus der Partei jetzt an Echo höre, wird es uns gelingen, in großer Geschlossenheit die Oppositionsrolle im Kieler Landtag anzunehmen und sie auch konstruktiv, klar und entschieden wahrzunehmen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, der Bundespartei und insbesondere unserem Bundeskanzler ein herzliches Wort des Dankes zu sagen. Er hat uns in diesem Wahlkampf in herausragender Weise unterstützt. Auch die Bundespartei hat uns in besonderer Weise unterstützt. Ich bin sicher, wir werden schon sehr bald wieder bessere Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein erreichen. ■

## Erwin Teufel:

### Jetzt muß das Wohl unseres Landes im Vordergrund stehen

**Wir hatten den Wahlkampf ganz mit landespolitischen Themen angelegt. Wir wollten die wirtschaftliche und politische Stabilität unseres Landes gewährleisten, den Spitzenplatz Baden-Württembergs sichern.**

Wir haben ganz auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen gesetzt, auf eine aktive Strukturpolitik, eine gute Bildungspolitik, Wissenschaftspolitik, Forschungspolitik, auf die Schaffung von Studienplätzen an Berufsakademien, an Fachhochschulen und Universitäten, auf eine weitsichtige Verkehrspolitik, die ich für entscheidend halte in den 90er Jahren zur Sicherung der Standortgunst unseres Landes, auf eine konsequente Umweltpolitik, eine gerechte Familienpolitik, auf Betreuung von Kleinkindern und Hilfen für die Mütter.

In der Schlußphase des Wahlkampfes sind wir von einem Protestwahlverhalten überrollt worden. Natürlich haben wir seit vielen Monaten, ja seit Jahren gesehen, welche Bedeutung das Thema „Asyl“ und die Lösung dieses Problems für die Bürger unseres Landes hat.

Die baden-württembergische Landesregierung, die frühere Landesregierung und meine Landesregierung, wir haben Bundesratsinitiativen eingebracht, eine Initiative zur Änderung des Grundgesetzes. Ich habe in diesem Jahr zweimal zu diesem Thema im Bundestag gesprochen. Aber es ist uns als Regierungspartei nicht abgenommen worden, daß wir seit Jahren dieses Problem zwar sehen, aber offensicht-



lich zur Lösung nicht das Entscheidende tun können.

Die Bürger erhielten den Eindruck, über diese Frage wird nur diskutiert und der Staat erweist sich nicht als handlungsfähig. Dieses Moment, gekoppelt mit Fragen der Leistung, Fragen der Überforderung durch Abgaben und Steuern, einer allgemeinen Meinung, wir müssen bluten und zahlen und andere bekommen ohne Leistung Geld, hat in den letzten Tagen vor allem zu einem Protestwahlverhalten geführt.

Ich habe während des ganzen Wahlkampfes gesagt, eine rechtsradikale Partei kann sich in Deutschland auf nicht mehr als 2½ Prozent Rechtsradikale stützen, d. h. sie hat nach meiner Meinung keinerlei Chancen, die 5-Prozent-Grenze zu überschreiten. Wenn aber eine rechtsradikale Partei in Deutschland Chancen hat, über fünf Prozent zu kommen, dann muß ein Thema vorliegen, das für einen Teil der Bürger wichtig ist und das sie für ungelöst halten. Daß dieses Thema mit der Asylfrage da ist, das war für jedermann seit vielen Monaten sichtbar.

Wir haben deshalb in sehr verantwortlicher Weise dieses Thema aufgegriffen. Ich bin auf meinen Wahlreisen von vielen Journalisten begleitet worden. Ich habe nicht in einem einzigen Bericht gelesen, daß wir das Asylthema emotional oder verschärfend hochredend behandelt haben.

In vielen Berichten ist mir bescheinigt worden, daß wir von den Ursachen gesprochen haben, einer Armutswanderung von Süd nach Nord, von der Ursache des wirtschaftlichen Elends in den Ländern Osteuropas, die zur Demokratie und zur Freiheit gefunden haben, von einem klaren Bekenntnis zum Asylrecht politisch Verfolgter, aber auch von dem Bemühen, Asylbewerber, die nicht politisch verfolgt sind, zu scheiden von wirk-

lich politisch Verfolgten, und schließlich von der klaren Aussage, daß wir deren Probleme nicht in unserem Land durch Einwanderung über das Asylrecht lösen können, sondern nur durch Hilfe in den Herkunftsländern, damit die Menschen dort eine Lebensperspektive für sich und ihre Familien sehen.

Wir haben das Thema also aufgegriffen. Ich meine, in einer sehr verantwortlichen Art und Weise; aber wir konnten ganz offensichtlich nicht alle Bürger davon überzeugen, daß ihr Wunsch auf eine Lösung dieses Problems bei uns in der richtigen Hand ist.

Ich habe auch immer auf die große Verantwortung von SPD und FDP hingewiesen, auf die Folgen, die eintreten, wenn sie sich einer Lösung dieses Problems versagen. Nun haben wir das Ergebnis. Ich hoffe, daß es wenigstens dazu beiträgt, daß SPD und FDP bald zu einer Verfassungsänderung bereit sind.

Es hätte der Erfahrung des gestrigen Tages und des Einzugs von Rechtsradikalen in den Landtag von Baden-Württemberg und in den Landtag von Schleswig-Holstein nicht bedurft. Man hätte das Problem vorher lösen können. Das wäre die einzige Möglichkeit gewesen, Rechtsradikalen das Wasser abzugraben und zu verhindern, daß sie die 5-Prozent-Grenze überschreiten.

### **Wähler zurückgewinnen**

Ich möchte auch klar unterscheiden zwischen denen, die gewählt worden sind und von ihrer Weltanschauung her Rechtsradikale sind, und den Bürgern, die Protest zum Ausdruck bringen wollten. Ich bin ganz sicher, daß diese Bürger für die demokratischen Parteien wieder zurückzugewinnen sind, wenn das Problem, gegen das sie Protest zum Ausdruck gebracht haben, tatsächlich gelöst wird. Dann werden auch die Republikaner genauso schnell wieder aus dem



## Asylbewerberzahlen im Monat März 1992

**Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat März 1992 35 059 Asylbewerber (Vormonat: 31 317) registriert. Hauptherkunftsländer sind:**

<b>Jugoslawien:</b>	13 175 (Vormonat ehem. Jugoslawien: 12 540)
<b>Rumänien:</b>	5 544 (Vormonat: 3 760)
<b>Türkei:</b>	2 406 (Vormonat: 2 385)
<b>Nigeria:</b>	1 800 (Vormonat: 1 379)
<b>Vietnam:</b>	1 135 (Vormonat: 1 273)
<b>Bulgarien:</b>	939 (Vormonat: 783)
<b>Libanon:</b>	812 (Vormonat: 678)
<b>Zaire:</b>	635 (Vormonat: 533)
<b>CSFR:</b>	620 (Vormonat: 214)

Die Zahl der Asylbewerber ist gegenüber dem Vormonat erneut gestiegen. Ein besonderer Anstieg ist bei den Asylbewerbern aus Rumänien festzustellen.

Hoch ist nach wie vor der Zugang aus Jugoslawien (13 175). Im Hinblick auf den dortigen Bürgerkrieg sind die niedrigen Zahlen aus Kroatien (48) und Slowenien (1) im Vergleich zu den Asylzahlen aus Jugoslawien bemerkenswert.

Auffällig ist auch der Anstieg der Asylbewerber aus der CSFR.

Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im März 21 856 Asylbewerber. Das sind 62,3 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber beträgt 69,2 Prozent (24 264 Personen).

Im Monat März hat das Bundesamt über die Anträge von 20.130 Personen entschieden. Anerkannt wurden 947 Personen (4,7 Prozent), abgelehnt 15 332 Personen (76,2 Prozent), sonstige erledigt wurden die Anträge von 3 851 Personen (19,1 Prozent).

Im ersten Quartal dieses Jahres hat das Bundesamt über die Anträge von 54 412 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 2 713 Personen. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 5,0 Prozent. Abgelehnt wurden 40 229 Personen (73,9 Prozent), auf sonstige Erledigungen und Rücknahmen entfielen 11 470 Personen (21,1 Prozent).

Landtag verschwinden, wie sie ins Parlament hineingekommen sind.

Wie geht es weiter in Baden-Württemberg? Die CDU hat den klaren Auftrag, die neue Landesregierung zu bilden. Gegen die CDU kann keine Regierung gebildet werden.

Ich verhandle mit allen Parteien im Landtag, ausgenommen den Republikanern. Ich verhandle mit den einzelnen Parteien nicht pro forma, sondern ich verhandle mit allen ernsthaft über die Frage, ob eine Koalition mit ihnen zu bilden ist, und wir werden dann entscheiden, mit welcher Partei oder mit welchen

Parteien unsere Sachziele für eine Zukunftssicherung Baden-Württembergs am besten zu erreichen sind.

Jetzt muß das Wohl unseres Landes im Vordergrund aller Überlegungen stehen. Baden-Württemberg braucht auch für die Zukunft stabile politische und stabile wirtschaftliche Verhältnisse.

Wir werden auch in Zukunft eng mit der Bundesregierung und mit der Bundespartei zusammenarbeiten. Ich danke dem Bundesvorsitzenden, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und allen Freunden in Bonn herzlich für ihre Unterstützung.



## Infas-Analyse der Landtagswahlen

# Strukturelle Veränderungen im politischen System

**Die Ergebnisse der Wahlen für den Kieler und den Stuttgarter Landtag zeigten ähnliche Konturen, so sehr sich die Länder in ihrer sozialen Struktur und politischen Tradition auch unterscheiden: Die Rechtsradikalen sind auf Anhieb in die Parlamente gekommen und drittstärkste Fraktion geworden. Die kleinen Parteien haben auf Kosten der großen gewonnen. Die Regierungspartei mußte gravierende Verluste hinnehmen, ohne daß die eigentliche Opposition dies aufgefangen hätte. Die Wahlbeteiligung ist weiter zurückgegangen.**

Ganz neu und einmalig sind diese Tendenzen nicht, daher wohl auch nicht nur temporär. Bereits vor drei Jahren, bei den Wahlen zum Europaparlament, hatten sie sich in beiden Ländern in nahezu den gleichen Wähleranteilen wie am letzten Sonntag niedergeschlagen. Die Regionalwahlen in Frankreich vor zwei Wochen haben gezeigt, daß es nicht nur um ein deutsches, hausgemachtes Problem geht; dort waren ähnliche Tendenzen zu erkennen. Es handelt sich nicht bloß um ein vorübergehendes Stimmungstief der Regierungen, vielmehr auch um strukturelle Veränderungen im politischen System.

Wie Umfragen der letzten Monate im Bundesgebiet und in den beiden Ländern zeigen, treffen dabei vier Tendenzen zusammen, die einander wechselseitig bedingen und verstärken:

- Weitverbreitete Verunsicherung, ja Zukunftsängste angesichts drohender Wirtschaftsflaute und sozialer Belastungen, die zu heftigerer Konkurrenz um knappe Güter, um Arbeitsplätze und Wohnungen führen.
- Eine Projektion solcher Ängste auf das Ausländer- und Asylantenproblem.
- Die offen bekundete Bereitschaft, Rechtsparteien als politische Alternative zu sehen.
- Kritik am politischen Stil der etablierten Parteien und ihrer Repräsentanten.

Zu besonderer Betroffenheit und Ratlosigkeit am Wahlabend hat die Tatsache geführt, daß das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition nicht mehr funktioniert. Die Akzeptanz beider großer Parteien hat ständig abgenommen.

### Schleswig-Holstein

Mit einem Mandat Vorsprung konnte die SPD im Norden ihre absolute Parlamentsmehrheit gerade noch behaupten. Sie hat alle 45 Wahlkreise gewinnen können und mit 46,2 Prozent immerhin ihr zweitbestes Ergebnis in der Geschichte des Landes erreicht. Vor dem Hintergrund des spektakulären Engholm-Sieges nach der Barchel-Affäre vor vier Jahren und einer bundesweiten Formschwäche der Sozialdemokraten wäre der Verlust von insgesamt 170.000 Stimmen zu verkraften. Anlaß zur Beunruhigung für die Regierungspartei bieten allerdings die regionalen Schwerpunkte dieser Verluste.



Die stärksten Einbußen hat die SPD in den großen Städten erlitten. In Lübeck und Kiel hat sie mehr als zwölf Prozentpunkte verloren.

In den beiden großen Städten haben Liberale und Grüne auf Kosten der Sozialdemokraten deutlich mehr zugelegt als im Landesdurchschnitt. Die Deutsche Volksunion als die rechte Gruppierung, die von der Unzufriedenheit am meisten profitierte, hat in Lübeck und Neumünster den stärksten Zulauf (über neun Prozent) erhalten.

Das wichtigste Reservoir der DVU waren frühere SPD-Wähler in den einfachen städtischen Wohnquartieren. Die Wanderungsbilanz von infas weist hier einen Gewinn von rund 30.000 Wählern aus, fast doppelt soviel wie von der CDU. Auch frühere Nichtwähler am rechten Rand gaben bei dieser Wahl einer Rechtspartei die Stimme.

Die CDU konnte ihre Verluste nach rechts in etwa durch Rückgewinne von früheren Abwanderern zur SPD ausgleichen. Insgesamt reichte es aber nur zu einem ganz kleinen Schritt aus dem absoluten Tief von 1988.

## Baden-Württemberg

Das Resultat war für die beiden großen Parteien in Baden-Württemberg noch desolater als in Schleswig-Holstein. Die CDU hat gegenüber 1988 rund 430.000 Stimmen und über neun Prozentpunkte verloren. In den letzten 30 Jahren ist sie noch bei keiner Landtagswahl unter 40 Prozent gefallen. Die SPD hat rund 110.000 Stimmen und zweieinhalb Punkte eingebüßt. In den letzten 30 Jahren hatte sie nur 1968 einen Wert von unter 30 Prozent.

Die Wanderungsbilanz zeigt die Richtung der Bewegung genauer. Die SPD hat ein wenig von den CDU-Verlusten profitiert

(im Saldo rund 50.000 Wähler), aber weit mehr an den rechten Rand abgegeben, an die Republikaner allein rund 110.000.

Die CDU hat in alle Richtungen Wähler eingebüßt, in Baden-Württemberg jedoch deutlicher nach rechts als in Schleswig-Holstein. Die infas-Bilanz weist Wanderungen zu den Republikanern von rund 170.000 früheren CDU-Wählern aus.

Die Grünen, die mit 9,6 Prozent ihr bislang bestes Landtagswahl-Ergebnis erzielen konnten, erhielten viel Zulauf von der CDU, etwas weniger von der SPD.

Die extremen Rechtsparteien (REP, NPD und Deutsche Liga) haben zusammen über zwölf Prozent der Stimmen erreicht. Das Votum der rechten Wähler hat sich eindeutiger auf eine Gruppierung konzentriert als beim letzten Mal. Den Republikanern ist es gelungen, in Umfragen und in öffentlichen Diskussionen die Tabuzonen zu verlassen, und die thematischen Schwerpunkte ihres Wahlkampfes mußten sie nicht selber suchen.

Daß die Republikaner im Südwesten der Republik mehr Resonanz gefunden haben als je eine rechtsradikale Formation zuvor, liegt am relativ guten Abschneiden bei früheren Wahlen und der damit geschaffenen organisatorischen Basis, vor allem aber an der Tatsache, daß sich ihre Klientel in zwei ganz verschiedenen Sozialgruppen festmachen läßt: einerseits großstädtische Wähler im sozial schwachen Milieu; andererseits kleinstädtische und kleinbürgerliche Wähler.

## Schwache Resonanz der Volksparteien in der jungen Generation

Die rechtsradikalen Gruppierungen in beiden Ländern konnten besonders unter den jungen Männern von der Formschwäche der Etablierten profitieren. In Baden-Württemberg erreichen Republikaner und übrige Rechtsparteien gemein-



## SPD-Angstkampagne war Wasser auf die Mühlen radikaler Kräfte

**Wer in der Endphase der Landtagswahlkämpfe eine so unglaubliche Neid-, Angst- und Diffamierungskampagne geführt hat, wie es die Sozialdemokraten in den letzten Tagen getan haben, der hat mehr als nur unverantwortlich gehandelt.**

Noch immer wird den Deutschen in den neuen Bundesländern die Hoffnungslosigkeit und zugleich den Menschen in den alten Bundesländern die unmittelbar bevorstehende Verelendung eingeredet. Nichts davon entspricht der wirklichen Lage.

**Wolfgang Schäuble**, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die unbegründete Angstkampagne war Wasser auf die Mühlen radikaler Kräfte. Dabei schürten die Sozialdemokraten Unzufriedenheiten, für die sie selber Verantwortung tragen. In

der Asylpolitik zum Beispiel wären wir längst viel weiter, wenn die SPD die notwendige Zusammenarbeit nicht verweigert hätte. Diese Blockadehaltung muß endlich aufgegeben werden, denn es gilt, gemeinsam das Anwachsen radikaler Kräfte von links oder von rechts zu bekämpfen.

Die radikalen Kräfte in unserem Land propagieren zwar einfache Lösungen, doch die gibt es in einer Demokratie nur selten. Wenn so gewaltige Aufgaben zu bewältigen sind, wie sie die deutsche Einheit und der Zusammenbruch des Kommunismus in Ost- und Südosteuropa mit sich gebracht haben, sind einfache Lösungen erst recht nicht zu haben. Das wissen auch die Sozialdemokraten, und deshalb besorgen sie das Geschäft der Radikalen, wenn sie die Lage schlechterreden als sie ist.

sam über 20 Prozent bei den unter 25jährigen, in Schleswig-Holstein versammeln DVU und Republikaner fast 15 Prozent dieser jungen Wähler hinter sich.

Für die Frauen in der gleichen Altersgruppe gelten andere Muster. Auch wenn bei ihnen der Wähleranteil für die Rechtsradikalen größer ist als bei den älteren Frauen, bleiben sie in beiden Ländern um die Hälfte unter dem Stimmenanteil ihre männlichen Altersgenossen. Statt dessen wählen die Frauen unter 35 Jahren die Grünen deutlich überproportional: im Südwesten liegen die Grünen in dieser Gruppe mit über einem Fünftel der Stimmen fast Kopf an Kopf mit der CDU, im Norden reicht es immerhin noch für 14 Prozent.

SPD und CDU finden in Baden-Württemberg bei den Wählerinnen und Wählern unter 25 Jahren Zustimmung nur bei 55 Prozent, in der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren nur bei 60 Prozent. Von den über 50jährigen stimmen drei Viertel für eine der beiden großen Parteien.

Die sich schon bei anderen Landtagswahlen abzeichnende nachlassende Bindungskraft der beiden großen Parteien hat sich am 5. April — nicht zuletzt aufgrund der Debatte um die Folgekosten der deutschen Einheit — weiter verstärkt. Zunehmende Zukunftsängste und Perspektivlosigkeit lassen besonders die jungen Wählerinnen und Wähler nach vermeintlich einfachen, fundamentalistischen Antworten suchen.



## Weniger Aussiedler

Vom 1. Januar 1992 bis 31. März 1992 kamen 47 702 deutsche Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 1991 sowie 1990 ist dies ein Rückgang (1. Quartal 1991: 53 947, 1. Quartal 1990: 108 603).

Die Zahlen der Hauptherkunftsländer im Vergleich, jeweils 1. Quartal:

	1992	1991	1990
Ehemalige SU	37 654	38 679	32 951
Republik Polen	6 182	7 212	59 309
Rumänien	3 392	7 781	14 350
Sonstige	47 702	53 947	108 603

Hierzu erklärt der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Die

Gründe für diese Entwicklung liegen in zwei Umständen:

- Das jetzige Aufnahmeverfahren für Aussiedler, bei dem die Aussiedler Aufnahmeanträge aus ihrer heutigen Heimat stellen, umfaßt eine intensive Prüfung bei Bund und Ländern danach, ob die Voraussetzungen zur Aufnahme als deutscher Aussiedler gegeben sind. Diese umfangreiche Prüfung liegt vor allem im Interesse der Beteiligten: Antragsteller, die die Voraussetzungen zur Anerkennung als deutsche Aussiedler nicht erfüllen, erhalten die Ablehnung in ihrer heutigen Heimat und kommen erst gar nicht nach Deutschland.
- Inzwischen zeigen auch die Minderheitenrechte, die Deutschland mit den heutigen Heimatländern der Aussiedler vereinbart hat, positive Auswirkungen.

## Polnische Schulen suchen Partnerschaften

**Deutsche und polnische Bürger sind nicht mehr durch undurchlässige Grenzen voneinander getrennt. Mehr denn je ist nunmehr ein gegenseitiges Kennenlernen notwendig, um auch ein besseres gegenseitiges menschliches Verstehen zu erreichen.**

Jugendliche in beiden Ländern sollten vor allem bei dem Prozeß des guten Miteinander ihre Zukunftschance erkennen. Die 1991 im Rahmen des deutsch-polnischen Jugendaustausches durchgeführten Projekte und ihre Resonanz stimmen optimistisch. 18 000 Schüler und Jugendliche aus beiden Ländern waren an diesen Austauschprogrammen beteiligt.

Viele kleine, aber wichtige Aktivitäten in den grenznahen Regionen bleiben unbekannt und ungefördert, weil es vor

Ort z. Zt. noch an Informationen fehlt. Durch das Wirken der Geschäftsstellen des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes in Warschau und Potsdam ab 1. Juli dieses Jahres wird die vorgesehene Größenordnung von 22 000 Teilnehmern am Austauschprogramm sicherlich ausgeschöpft werden.

**Maria Michalk**, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Aus meinem Heimatkreis weiß ich, daß die Nachfrage groß ist. Bleibt zu hoffen, daß auch das Potential an Interessenten für Partnerschaften mit deutschen Schulen — das ist auch ein wichtiger Aspekt — befriedigt werden kann. Ca. 400 polnische Schulen suchen Partnerschaften in Deutschland. Hier sollten auch Abgeordnete in ihren Wahlkreisen vermittelnd wirken.



## EAK-Veranstaltungen 1992

- **Montag, 27. April 1992:** Veranstaltung des EAK Rhein-Sieg und Bonn: „Wozu Kirchensteuern?“, mit Landeskirchenrat Georg Immel, Konrad-Adenauer-Haus, Kleiner Saal, 20.00 Uhr
- **Dienstag, 5. Mai 1992:** Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem Büro für demokratische Jugendarbeit: „Perspektiven christlicher Erziehung im wiedervereinigten Deutschland“, mit Schulsenator Jürgen Klemann, Berlin, 15–19 Uhr
- **Donnerstag, 7. Mai 1992:** 19. Bonner Theologisches Gespräch „Schwestern sind keine Brüder“ — Zur Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche, Prof. Dr. Dorothea Wendebourg, Konrad-Adenauer-Haus, Kleiner Saal, Bonn, 19 Uhr
- **Samstag, 16. Mai 1992:** 4. Deutschland-Forum, Thema „Entwicklung in der Heimat statt Asyl in der Fremde“, mit Volker Rühle und Bundesminister Carl-Dieter Spranger, Bürgerhaus Südbahnhof, Frankfurt, 10–17 Uhr
- **13.–14. Juni 1992:** Fachkongreß in Zusammenarbeit mit der Jungen Union zu: „Jugendsekten“, Hamburg
- **Montag, 22. Juni 1992:** 20. Bonner

Theologisches Gespräch, mit Prof. Dr. Gerhard Besier, „Situation der Kirche im Sozialismus“ (Arbeitstitel), Konrad-Adenauer-Haus, Kleiner Saal, Bonn, 20 Uhr

- **26./27. Juni 1992:** EAK-Kreisvorsitzenden-Konferenz „Gespräche und Diskussionen z. B. EAK vor Ort: Themen, Tips, Termine“, Gustav-Stresemann-Institut, Bonn

### Zweites Halbjahr

- **August bis Dezember 1992:** Fünf Fachtagungen in den neuen Bundesländern zum Thema: „Was heißt sozial?“
- **25./26. September 1992:** 33. Bundestagung des EAK der CDU/CSU, „Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“, mit Bundeskanzler Helmut Kohl, Maxim-Gorki-Halle, Wittenberg
- **Donnerstag, 17. September 1992:** 21. Bonner Theologisches Gespräch, mit Prof. Dr. Trutz Rendtorff, Zur Wirtschaftsdenkschrift, Konrad-Adenauer-Haus, Bonn, 19 Uhr
- **Montag, 2. November 1992:** EAK-Empfang für Presse und Synodale im Rahmen der EKD-Synode, Suhl, 21 Uhr

## Junge Gruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vergrößert sich auf 25 Mitglieder

Mit dem 34jährigen **Klaus-Heiner Lehne** hat sich die Zahl der Abgeordneten der Jungen Gruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf 25 JüLerinnen und JüLer erhöht. Lehne, der den Wahlkreis Düsseldorf-Süd im Deutschen Bundestag vertreten wird, ist für den verstorbenen **Hubert Doppmeier** nachgerückt. Klaus-Heiner Lehne hat an den Univer-

sitäten Düsseldorf, Freiburg, Bonn und Köln Studien der Physik, Philosophie und Jura abgelegt, 1986 machte er sein zweites juristisches Staatsexamen und ist seitdem als Rechtsanwalt in Düsseldorf tätig. Seit 1984 war er Rats Herr der Stadt Düsseldorf und zeitweilig Sprecher für die CDU im Jugend- und Umweltausschuß.



## Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Es ist unsere Pflicht, den Menschen in ihrer Heimat zu helfen

**Europa — und unser eigenes Land, Deutschland, in seiner Mitte — durchlebt eine Zeit des tiefen Umbruchs. Was Jahrzehnte unumstößlich schien, wie die Konfrontation zwischen Ost und West, wie die Teilung unseres Vaterlandes, wurde in einer kurzen Zeitspanne weggefegt. Alte Vorurteile, Klischees und Feindbilder landeten dort, wo sie hingehören: auf dem Abfallhaufen der Geschichte.**

Der Wandel eröffnet nunmehr für alle Völker in Europa die großartige Chance, ihr Schicksal und ihre Zukunft in eigener Verantwortung zu gestalten.

Wir Deutschen haben unsere historische Chance genutzt: Deutschland hat in Frieden und Freiheit und im Einvernehmen mit all seinen Nachbarn und Partnern seine Einheit wiedergefunden.

Ich verstehe natürlich die Sorgen vieler Menschen, daß der Wandel neue, ungewohnte Probleme und auch Unwägbarkeiten mit sich bringt. Wir wissen vor allem aus unserer deutschen Erfahrung, wie schwer die Völker in Mittel-, Ost- und Südosteuropa unter der verheerenden Hinterlassenschaft des kommunistischen Zwangssystems leiden. Gerade wir in Deutschland wissen, was es bedeutet, den Schutt einer über vierzigjährigen Fehlentwicklung beseitigen zu müssen.

Unsere Nachbarn, die Reformstaaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, und die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion brauchen einen neuen Halt. Wir Deutsche wollen gemeinsam mit unseren Freunden und Verbündeten dazu beitra-

gen, daß sie diesen Halt erfahren. Ihre neugewonnene Freiheit soll Grundlage einer neuen, einer dauerhaften Stabilität auf unserem Kontinent werden.

Dies liegt in unserem ureigensten Interesse. Denn gerade für uns Deutsche gilt, daß wir eben nicht abgeschottet auf einer Insel leben, sondern im Herzen Europas, und daß wir ganz unmittelbar und mehr als andere von dem berührt werden, was in unserer Nachbarschaft geschieht.

Politische Instabilität, wirtschaftliche Not, sozialer Unfrieden, ja, revolutionäre

**Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu aktuellen Fragen der deutschen Außenpolitik am 2. April 1992 im Deutschen Bundestag**

Entwicklungen bei unseren östlichen Nachbarn würden direkt auch auf die innere Situation Deutschlands zurückwirken.

**Indem wir den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas helfen, helfen wir uns selbst. Man kann diesen Satz nicht oft genug und nicht laut genug auch in der deutschen Öffentlichkeit sagen.**

Indem wir Brände löschen, verhüten wir, daß die Funken auf andere Teile Europas überspringen. Ich erinnere nur an die



Konflikte im bisherigen Jugoslawien oder im Kaukasus.

Indem wir Menschen in Not helfen, bieten wir ihnen Zukunftsperspektiven für sich und für ihre Kinder in der angestammten Heimat.

So verständlich es ist, daß Menschen, die in wirtschaftlicher Not sind, zu uns kommen wollen, so wahr ist auch, daß wir die Probleme vieler Länder der Welt nicht auf dem dichtbesiedelten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland lösen können.

**Gerade deshalb unterstreiche ich auch unsere Pflicht und unser ureigenstes Interesse, diesen Menschen in ihrer eigenen Heimat zu helfen, damit sie dort ihre Zukunft finden.**

Angesichts der steigenden Zahl von Asylbewerbern in der jüngsten Zeit will ich hier noch einmal die Gelegenheit nutzen und an alle politisch Verantwortlichen, an alle demokratischen Parteien appellieren, daß wir möglichst rasch zu einer endgültigen, auch den europäischen Anforderungen genügenden Regelung in der Asylfrage kommen.

Eine friedliche und stabile Entwicklung auf unserem ganzen Kontinent, das ist der Schlüssel für eine Zukunft in Frieden und Freiheit auch für Deutschland.

Bei unserer Politik der Stabilisierung verlassen wir uns auf bewährte Grundlagen.

Die Werte der Freiheit und der Selbstbestimmung, für die die Völker Europas — und insbesondere auch unsere Landsleute in den neuen Bundesländern — im Jahre 1989 so mutig eingetreten sind, sind und bleiben unsere Richtschnur. Wir setzen auf die schöpferische Kraft der Menschen; denn sie sind der entscheidende Motor für jeden Fortschritt.

Was jetzt gefragt ist, ist Solidarität. Es kann dabei nur darum gehen, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Auch kann Deutschland diese Last nicht allein tra-

gen. Wir haben — ich stelle das einfach fest; es besteht kein Grund, sich dessen zu rühmen — aus guten Gründen in der Vergangenheit, in den letzten Jahren schon mehr geleistet als viele andere, und jeder weiß: Wir sind an der Obergrenze unserer Möglichkeiten angelangt.

**Ich begrüße aus diesem Grund ausdrücklich die jüngste Erklärung von Präsident Bush, und ich wünsche mir, daß alle unsere westlichen Partner und Freunde in diesem Sinne auch an der Vorbereitung der G7-Konferenz in München im Sommer dieses Jahres mitwirken.**

Alle — die europäischen Partner in der G7, die nordamerikanischen Partner und nicht zuletzt unsere japanischen Freunde — sollten nicht vergessen, daß jede Investition in die Nachfolgerepubliken der ehemaligen Sowjetunion, die zum Rechtsstaat, zur Demokratie, zu sozialer Sicherheit und wirtschaftlichem Aufschwung beiträgt, eine Investition in eine friedliche Zukunft unserer Welt bedeutet. Das ist unsere Politik!

Wir wollen das vereinte Europa schaffen. Unser Land, in dem jeder dritte Arbeitnehmer für den Export arbeitet, verdankt einen ganz entscheidenden Teil seines Wohlstands der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und einem freien Welthandel.

Aber wir dürfen — auch das will ich sagen — nicht zulassen, daß dieses sich jetzt einigende Europa ausschließlich auf seine wirtschaftliche Dimension verkürzt wird.

**Unser Ziel ist die politische Einigung Europas in diesem Jahrzehnt, denn damit ziehen wir zugleich die Lehren aus der leidvollen Geschichte dieses Jahrhunderts und dienen vor allem auch deutschen Interessen.** ■



# Die europäische Währung wird eine harte und stabile Währung sein

**Der Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik der CDU hat sich in der Sitzung am 26. März 1992 eingehend mit der Geldwertstabilität beschäftigt. Dazu erklärte die Vorsitzende Christa Thoben:**

Die D-Mark hat sich in den 34 Jahren ihres Bestehens als die mit Abstand stabilste Währung in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft erwiesen. Auch heute gehört die D-Mark zur Spitzengruppe in puncto Stabilität. Eine stabile Währung ist eine wichtige Grundvoraussetzung, um die gegenwärtigen Herausforderungen erfolgreich bewältigen zu können. Daher bleibt es auch eine vorrangige Aufgabe von Bundesregierung und Bundesbank, das Stabilitätsziel mit Nachdruck zu verfolgen. Der Bundesfachausschuß „Wirtschaftspolitik“ stellt dazu folgendes fest:

**1.** Die Sicherung der Stabilität hat entscheidende Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Daher unterstützt der Bundesfachausschuß mit Nachdruck die konsequente Politik der Bundesbank.

**2.** Im Vertrag von Maastricht hat die Bundesregierung das erfolgreiche Modell Bundesbank als Vorbild für die zu schaffende europäische Zentralbank durchgesetzt. Sie ist ein wesentlicher Pfeiler der künftigen europäischen Stabilitätspolitik. Ihr Stabilitätsauftrag wird durch strenge Vorgaben noch besser abgesichert als bei der Bundesbank. Damit ist gewährleistet, daß auch die gemeinsame Europäische Währung eine harte und stabile Währung sein wird.

Die Verwirklichung des europäischen

Stabilitätszieles erfordert aber auch die Konvergenz der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken. Strenge Konvergenzkriterien unterstützen den Stabilitätsauftrag. Haushaltsdisziplin, niedrige Zinsen, Preisstabilität und ein stabiler Außenwert der Währung stärken die wirtschaftliche Dynamik in Europa. Daher darf von den Vereinbarungen zur Europäischen Zentralbank und den zu erfüllenden Konvergenzkriterien weder abgerückt noch dürfen diese aufgeweicht werden. Sie bilden die unverzichtbare Voraussetzung für die Schaffung einer dauerhaften Stabilitätsgemeinschaft.

**3.** Eine zentrale Rolle spielen gegenwärtig aber auch die Tarifparteien. Auch sie tragen Verantwortung für Stabilität und Wohlstand. Die überhöhten Forderungen der Gewerkschaften sind in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation nicht verantwortbar. Sie tragen insbesondere die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale in sich; Einkommenszuwächse würden schnell wieder durch hohe Preissteigerungen ausgehöhlt. Die Arbeitnehmer haben letztlich also nichts von optisch hohen Tarifabschlüssen. Die gesamtwirtschaftliche Verantwortung gebietet stabilitätsorientierte Tarifvereinbarungen mit maßvollen Steigerungen.

Dabei stehen auch die Arbeitgeber in der Pflicht. Sie dürfen sich nicht an rein betriebswirtschaftlichen Überlegungen orientieren, sondern müssen sich der volkswirtschaftlichen Konsequenzen zu hoher Lohnabschlüsse bewußt sein. Hohe soziale Kosten in Form von steigenden Preisen und Arbeitslosigkeit sind ein spürbarer Wohlfahrtsverlust für alle Bürger. Die Tarifpartner sind daher gefor-



## Immer mehr Firmen bieten jungen Eltern familienfreundliche Bedingungen an

Eine erfreuliche Entwicklung sieht die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, in der wachsenden Zahl von Betriebsvereinbarungen, die jungen Eltern familienfreundliche Urlaubsregelungen für die Erziehung ihrer Kinder garantieren.

Frau Rönsch begrüßte die jüngste Betriebsvereinbarung einer Versicherungsgruppe, nach der die Mitarbeiter bis zu vier Jahren Elternurlaub nehmen können und ihnen anschließend eine Weiterbeschäftigung am bisherigen Standort sicher ist.

Damit können sich Mütter oder Väter ihren Kindern in der wichtigen ersten Lebensphase noch intensiver widmen, als es ihnen der dreijährige gesetzliche Erziehungsurlaub ermöglicht.

Zufrieden zeigte sich die Ministerin auch darüber, daß sich Vater und Mutter in der „Babypause“ abwech-

seln können, wenn sie beide bei dem Unternehmen beschäftigt sind. Hier sei offenbar ebenfalls die Regelung im Bundeserziehungsgeldgesetz Vorbild gewesen.

Frau Rönsch: Ich hoffe, daß zunehmend mehr Väter von solchen Möglichkeiten eines Elternurlaubs Gebrauch machen. Bislang war der Anteil der Männer, die Erziehungsurlaub in Anspruch nahmen, leider sehr gering.

Mit dem Lob für familienfreundliche Regelungen in Betrieben verband die Familienministerin einen Appell: Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele Firmen diese Beispiele nachahmen würden. Gerade auch kleinere Betriebe könnten ihren Mitarbeitern auf diese Weise stärker als bisher signalisieren, daß ihnen ganz praktisch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden soll.

dert, im Interesse aller die sozialen Kosten so gering wie möglich zu halten.

**4.** Die besondere Verantwortung der öffentlichen Hand liegt in der Begrenzung der öffentlichen Ausgaben. Bund, Länder und Gemeinden sind gefordert, strikte Haushaltsdisziplin zu wahren. Die Rückführung der Neuverschuldung der gesamten öffentlichen Hand ist vorrangig. Der Bund hat mit seinem Kurs bereits ein deutliches Zeichen zur Konsolidierung gesetzt. Aber auch die Länder und Gemeinden stehen in stabilitätspolitischer Verantwortung. Sie müssen diesem Weg folgen. ■

## Personalien

Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion **Bernd Wilz** und die CDU-Bundestagsabgeordnete **Ingrid Roitzsch** sind von Bundesverteidigungsminister Volker Rühle als neue Parlamentarische Staatssekretäre auf die Hardthöhe berufen worden. Sie sind Nachfolger von Willy Wimmer und Ottfried Hennig, die nach dem Rücktritt von Gerhard Stoltenberg automatisch aus ihren Ämtern geschieden sind.



# Verstärkter Rückgang der Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland

**Zu den neuesten Arbeitsmarktdaten erklärte der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven:**

Mit dem deutlichen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 165.000 und einer Quote von jetzt nur noch 5,8 Prozent in Westdeutschland und 15 Prozent in den neuen Bundesländern kann nach einem leichten Rückgang im Vormonat jetzt von einem einheitlich rückläufigen Trend gesprochen werden. Durch den Abbau der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland um 95.000 und in den neuen Bundesländern um 70.000 Arbeitslose wurde die Marke von 3 Millionen unterschritten. Als besonders positiv für die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern ist auch die weitere Abnahme der Kurzarbeiterzahl um rund 25.000 und das erstmalige Überschreiten der Jahresdurchschnittsmarke für ABM mit 401.471 zu bewerten.

Die aktuelle Entwicklung hat zum wiederholten Mal die Experten der Opposition wie den Abgeordneten Schreiner hinsichtlich seiner Vision von Massenarbeitslosigkeit und den Abgeordneten Ostertag mit seinem nicht zu finanzierenden Sofortprogramm ihrer gravierenden Fehleinschätzung aufgrund mangelnden Realitätssinns überführt. Neben der Realitätsferne zeichnen sich alle Vorschläge der Opposition durch Forderungen nach weiteren erheblichen Finanzmitteln aus. In schöner Regelmäßigkeit fehlen jedoch seriöse Spar- und Finanzierungsvorschläge. Bei geringer werdenden Verteilungsspielräumen kommt es aber darauf an, Geldmittel zielgerichtet und effektiv einzusetzen. Daß uns dies gelungen ist,

beweist die aktuelle Arbeitsmarktentwicklung.

Als besonders positiv für die neuen Bundesländer ist auch die Tatsache zu bewerten, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zukünftig in noch größerem Umfang mit den Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung verbunden werden können. Für das laufende Jahr können weitere 150.000 Neubewilligungen erteilt werden, d. h. jede zweite auslaufende Stelle kann ab sofort wieder besetzt und möglichst mit Qualifizierungsmaßnahmen verbunden werden. Damit wird es uns auch weiterhin möglich sein, den Menschen in den

**Die aktuelle Entwicklung hat einmal mehr die Experten der Opposition ihrer gravierenden Fehleinschätzung überführt.**

neuen Ländern Perspektiven aufzuzeigen. Durch Fortbildung und Umschulung sowie Weiterbildung sichern wir den Arbeitnehmern in den neuen Bundesländern mit unserer Politik den Qualifikationsanschluß an den Weltmarkt. Damit eröffnen wir ihnen Chancen auf neue, zukunftssichere Arbeitsplätze.

Auch regional in Baden-Württemberg und Schleswig Holstein haben die arbeitsmarktpolitischen Instrumente gegriffen. In beiden Bundesländern hat ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosenzahl ebenfalls zu einer spürbaren Absenkung der Arbeitslosenquote z. B. von 4,2 Prozent auf 4 Prozent in Baden-Württemberg geführt.



# Von Umweltschutzmaßnahmen hängen rund 700.000 Arbeitsplätze ab

Der Umweltschutz hat sich nach Aussagen von Bundesumweltminister Klaus Töpfer zu einem beachtlichen Beschäftigungsfaktor entwickelt. Mit einem jährlichen Umsatzvolumen von 25 Milliarden Mark stelle die Umwelttechnik zudem heute einen der dynamischsten Wachstumsmärkte dar, erklärte der Minister am 31. März bei der Verleihung des Umweltschutzpreises des BDI in Bonn.

So schätzt das Umweltbundesamt nach den Worten Töpfers rund 700.000 Arbeitsplätze, die von Umweltschutzmaßnahmen abhängen. Diese Entwicklung werde auch durch wissenschaftliche Untersuchungen, die in die 80er zurückreichen, gestützt. So ergab ein Forschungsvorhaben des Bundesumweltministeriums zum Thema „Beschäftigungswirkungen der Umweltpolitik“, daß unter Berücksichtigung direkter und indirekter Beschäftigungseffekte zwischen 1980 und 1984 ca. 440.000 Personen im Umweltschutzbereich tätig waren.

Im Zeitraum 1975 bis 1979 dagegen waren durchschnittlich 366.000 Menschen auf Arbeitsplätzen im Umweltschutz und in der Umweltschutzindustrie beschäftigt. Diese große Zahl von neugeschaffenen Arbeitsplätzen in wenigen Jahren ist durch die Nachfrage der Wirt-

schaft und der öffentlichen Hand nach Umweltschutzinvestitionsgütern sowie durch die laufenden Aufwendungen von Wirtschaft und öffentlicher Hand, z. B. für den Betrieb von Umweltschutzanlagen, entstanden.

Wie sich dieser Trend in den Jahren 1990 bis 1995 entwickeln wird, wird zur Zeit in einem weiteren Forschungsvorhaben des Bundesumweltministeriums untersucht.

Hier sei zu erwarten — so Töpfer —, daß sich durch den hohen Nachholbedarf im Umweltschutz in den neuen Bundesländern erhebliche Beschäftigungseffekte ergeben werden. Erste Zwischenergebnisse werden Mitte des Jahres vorliegen.

## Enormer Nachholbedarf

Aber auch weltweit werde die Nachfrage nach umweltverträglichen Verfahren, Technologien und Produkten weiter zunehmen. Die Intensivierung der internationalen Umweltzusammenarbeit, die Anforderungen des Europäischen Binnenmarktes, vor allem auch der dramatische umwelttechnische Nachholbedarf in Mittel- und Osteuropa und in vielen Ländern der „Dritten Welt“ werden Investitionschancen im Umweltschutzgütermarkt in einem bisher nicht gekannten Ausmaß erhöhen, erklärte der Minister.

## Export deutscher Autos nimmt weiter zu

Der Export deutscher Autos ist im Februar 1992 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 20 Prozent gestiegen. Nach Angaben des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) wurden im vergangenen Monat 229.500 (Februar 1991: 190.565) Kraftwagen ausgeführt. Darunter waren 214.200 (178.363) Personenkraftwagen. Mit einem Plus von 29 Prozent (9.300 nach 7.205) legten die Lastkraftwagen mit einem Gesamtgewicht von bis zu sechs Tonnen am stärksten zu.



# Unsere Sympathiewerbemittel für Ihre Europa-Aktionen

Knapp 9 Monate trennen uns noch vom Beginn des Europäischen Binnenmarktes 1993. Die Beschlüsse von Maastricht legen die weiteren Schritte zur europäischen Einheit fest.

## Über Europa informieren

Höchste Zeit, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sachlich und argumentativ über die großen Chancen, die Europa für uns bringt, zu informieren, ihnen bestehende Sorgen zu nehmen.

## Für Europa werben

Hier stellen wir Ihnen heute die Materialien für unsere Europa-Kampagne vor, die Sie ab sofort bestellen und mit denen Sie vor Ort auf sympathische Weise für Europa werben können.

## Jetzt anfangen!

Der Europatag am 5. Mai ist eine hervorragende Gelegenheit, mit einer ersten Europa-Aktion unsere Informationskampagne vor Ort zu beginnen.

### ● Euro-Shirt mit Kapuze

Größe L	= Bestell-Nr.: 9390
Größe XL	= Bestell-Nr.: 9391
Größe XXL	= Bestell-Nr.: 9392
Preis je Shirt: 17,50 DM	

Das rechts unten abgebildete Rahmenplakat (DIN A1, Bestell-Nr.: **8481**, Verpackungseinheit: 50 Expl., Preis je Einheit: 25,— DM) gibt es auch als Rahmenflugblatt: DIN A4, Bestell-Nr.: **1482**, Verpackungseinheit: 500 Expl., Preis je Einheit: 18,— DM.

## Weitere Sympathie-Werbemittel:

- **CDU-Parkscheibe mit neuem Aufdruck**  
Bestell-Nr.: **9814**  
Verpackungseinheit: 100 Stück  
Preis je Einheit: 56,— DM.
- **Fußball-EM-Kalender**  
Bestell-Nr.: **2472**  
Verpackungseinheit: 250 Exemplare  
Preis je Einheit: 22,50 DM.
- **Europa-Regenschirm**  
Bestell-Nr.: **9439**  
Verpackungseinheit: 1 Schirm  
Preis je Schirm: 9,45 DM

Bestellungen bitte an:

**IS-Versandzentrum**

**Postfach 13 28**

**4804 Versmold**

**Fax: (054 23) 4 15 21**

Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.





▲ **CDU-Schlüsselanhänger**  
Bestell-Nr.: 9455  
Verpackungseinh.: 25 Stück  
Preis je Einheit: 26,25 DM.



**Das neue Europa-Aktionszeichen als Aufkleber** ▲

Bekennen Sie sich zur CDU als der deutschen Europa-Partei! Nicht nur auf Autos oder Aktenkoffern kommt der neue Aufkleber mit seinen frischen Farben gut zur Wirkung. Machen Sie doch eine Luft-

ballon-Aktion: Aufkleber auf eine Karte kleben und ab geht die Europäische „Luftpost“.  
Bestell-Nr.: 9480  
Verpackungseinheit: 100 Stück  
Preis je Einheit: 12,— DM.

**Europa-Feuerzeug**

Bestell-Nr.: 9506  
Verpackungseinh.: 25 Stück  
Preis je Einheit:  
▼ 23,75 DM.



**WIR MACHEN UNS STARK FÜR**  
**EUROPA**

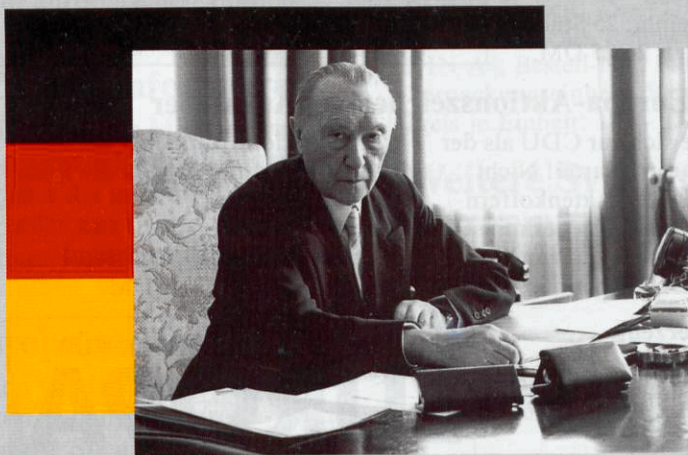
**CDU**  
Die deutsche Europa-Partei

**EUROPATAG AM 5. MAI**



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## Konrad Adenauer: Seine Vision ist Realität geworden



Für Konrad Adenauer, den ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, gab es nie eine Alternative zu einer Politik der Versöhnung mit den Staaten des Westens und des Ostens und der Sicherung Deutschlands im westlichen Bündnis.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat diese Politik

erfolgreich fortgesetzt. Darum können wir heute in einem geeinten Deutschland und einem zusammenwachsenden Europa in Frieden und Freiheit leben.

Die Vision Konrad Adenauers, dessen Todestag sich am 19. April 1992 zum 25. Mal jährt, ist Realität geworden.

**CDU**

**ZUM 25. TODESTAG VON KONRAD ADENAUER am 19. April gibt es diese Wandzeitung, die bereits an alle Kreisverbände verschickt worden ist. Im letzten UiD (11/1992) befaßt sich unter dem Titel „Seine Vision ist Realität geworden“ eine Dokumentation mit den Erfolgen der Politik des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland.**

**UiD**

**12/1992**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 50000), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** wa Verlag, einigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.